Ökologie und Klimawandel – die Rolle der Kirchen und die Bedeutung von Bürgerbewegungen

Wissenschaft und Kirche in seltener Einigkeit

Es gibt in der Menschheitsgeschichte kaum ein Problem von globaler Bedeutung, das in seiner Brisanz schon so lange und differenziert bekannt ist und zu dessen Bewältigung so wenig unternommen wird, wie unser Umgang mit den Ressourcen unserer Erde. Seit den 1970er Jahren lebt die Welt auf Pump und verbraucht jährlich mehr an Ressourcen, als global zur Verfügung stehen. Anschaulich gemacht wird das mit dem jährlich berichteten „Erdüberlastungstag". Das ist der Tag, an dem die jährlich zur Verfügung stehenden Ressourcen aufgebraucht sind. In diesem Jahr war das der 30. Juli.

Erstmals trat das Verstehen ökologischer Zusammenhänge und der Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt durch die Veröffentlichung „Grenzen des Wachstums" des Clubs of Rome 1972 in ein breiteres öffentliches Bewusstsein. Eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den USA und Deutschland hatte mit innovativen Rechnungsverfahren unterschiedliche Szenarien zur Auswirkung des Wirtschaftswachstums auf Nahrungsmittelversorgung, Energieverbrauch und Umwelt entwickelt. Sie prognostizierten, dass die dafür erforderlichen Ressourcen im Laufe des nächsten halben Jahrhunderts verbraucht seien, wenn es nicht zu einem Umdenken zur Ressourcenbewahrung und einer radikalen Veränderung des Lebensstils in den industriell entwickelten Nationen komme. Auch wenn sich manche der damals in die Berechnungen eingegangenen Annahmen inzwischen verändert haben, wird die Dringlichkeit der Forderung nach Veränderung des Lebensstils und Ressourcenverbrauchs vor allem in den wohlhabenden Ländern durch aktuellere Studien immer wieder bestätigt.

In seltener Einigkeit von Wissenschaft und Kirche warnte in der gleichen Zeit Papst Paul VI, dass der Mensch Gefahr laufe, die Natur infolge einer rücksichtslosen Ausbeutung zu zerstören und auch selbst Opfer dieser Zerstörung zu werden und betonte die Dringlichkeit eines radikalen Wandels im Verhalten der Menschen. Eine neue Qualität erhielten diese Äußerungen mit der Enzyklika Laudato si´ (2015) von Papst Franziskus mit ihren differenzierten und wissenschaftlich belegten Aussagen zur globalen Klimakrise, zur Umweltverschmutzung und zum Problem des Verlustes der biologischen Vielfalt.* Er fordert eine Solidarität zwischen den Generationen, ohne die von nachhaltiger Entwicklung nicht die Rede sein kann. Der Dialog mit der Wissenschaft ist dabei von zentraler Bedeutung. Es sei nicht Sache der Kirche, endgültige Vorschläge zu unterbreiten. Sie müsse zuhören, die Unterschiedlichkeit der Meinungen respektieren und die ehrliche Debatte zwischen den Wissenschaftlern fördern.

---

* Schon 2009 hat auch die Evangelische Kirche Deutschlands in ihrer Denkschrift „Umkehr zum Leben" mit vielen Daten belegt auf die Notwendigkeit einer globalen Klimapolitik hingewiesen.

Eine Initiative, mit der dieser Dialog sowohl auf wissenschaftlicher als auch auf politischer Ebene gefördert werden soll, ist das 1972 von den Vereinten Nationen gegründete UN Umweltprogramm. Es hat die Aufgabe, Umweltprobleme zu identifizieren und zu analysieren, politische und rechtliche Instrumente für den internationalen Umweltschutz zu entwickeln und die Umweltaktivitäten der Vereinten Nationen zu koordinieren und international abgestimmte Strategien zu entwickeln. Zu diesem Zweck werden regelmäßig internationale Konferenzen abgehalten, die der Tatsache Rechnung, dass eine wirksame Bekämpfung des bedrohlichen Klimawandels nicht durch einzelne Länder allein gelöst werden kann.

Dabei wurde und wird regelmäßig die Dringlichkeit der mit dem Klimawandel zusammenhängenden Probleme bestätigt. Diese Konferenzen haben bisher allerdings kaum zu international konzertierten Maßnahmen gegen den Klimawandel geführt. Als Erfolg gilt schon die Festlegung globaler Ziele. So wurde bei der Konferenz in Kyoto 1997 beschlossen, die gesamten Treibhausgasemissionen bis 2012 im Vergleich zu 1990 um fünf Prozent zu reduzieren. Die besonders gefeierte Klimakonferenz 2015 in Paris setzte als langfristiges Ziel fest, eine Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um weniger als 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau anzustreben. Dieses seit über Jahre mantrahaft beschworene Ziel kann laut einem vor kurzem veröffentlichten Bericht des UN Umweltprogramms nicht eingehalten werden kann. Es bleibe die Hoffnung, dass es möglich sei, die Überschreitung der 1,5-Grad-Marke möglichst gering und kurz zu halten, weil sonst mit unumkehrbaren Folgen zu rechnen sei. Angesichts der bisherigen Erfahrungen scheint diese Hoffnung äußerst optimistisch.

Weshalb bleiben diese bestens begründeten Analysen und Mahnungen ohne angemessene Folgen?

Bereits die Autoren der Studie „Grenzen des Wachstums“ haben explizit darauf hingewiesen, dass die Aufgabe zur Herstellung eines ökologischen Gleichgewichts im Umgang mit den globalen Ressourcen äußerst komplex ist und nur mit Maßnahmen erreicht werden kann, die ein außergewöhnliches Maß von Verständnis, Vorstellungskraft und politischem und moralischem Mut erfordern. Gefordert ist eine langfristige Planung mit großen Investitionen für eine ökologische Gestaltung der Infrastruktur in den Bereichen von Energieerzeugung, industrieller Produktion, Landwirtschaft, Gebäudewirtschaft und Verkehr, die nicht zu einer unmittelbar erfahrbaren Verbesserung der Lebensqualität gemessen an Konsummöglichkeiten beitragen.

Wie die Erfahrung zeigt, ist es der Menschheit besonders in den industriell hochentwickelten und wohlhabenden Staaten denn auch nicht gelungen, diesen Weg einzuschlagen. Papst Franziskus spricht in diesem Zusammenhang von einer Unterwerfung der Politik unter die Technologie und das Finanzwesen. Innerhalb des Schemas der Rendite sei kein Platz für Gedanken an die Rhythmen der Natur, an ihre Zeiten des Verfalls und der

Regenerierung und an die Kompliziertheit der Ökosysteme, die durch das menschliche Eingreifen gravierend verändert werden können. „Die Umwelt ist eines jener Güter, die die Mechanismen des Markts nicht in der angemessenen Form schützen oder fördern können“ (Laudato si´ 190). Da der Markt dazu neige, „einen unwiderstehlichen Konsum-Mechanismus zu schaffen, um seine Produkte abzusetzen, versinken die Menschen schließlich in einem Strudel von unnötigen Anschaffungen und Ausgaben“ (Laudato si´ 203). Dieses ökologisch fatale Muster kommt sowohl den Wünschen einer Bevölkerung entgegen, die auf gewohnten und möglichst gesteigerten Konsum nicht verzichten will als auch einer Wirtschaft, die auf diesem Weg problemlos Profit erzielen und steigern kann.

Große Bedeutung von Bürgerbewegungen

Während sich Politik und Bevölkerung in weiten Teilen noch sehr diesem unwiderstehlichen Konsummechanismus verhaftet zeigen, gibt es schon länger Organisationen wie NABU, BUND oder Greenpeace die fordern, dass entschiedener Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen werden. Als Protestform besondere Beachtung fand dabei die von Greta Thunbergs Schulstreik in Stockholm ausgelöste Bewegung Friday for Future, die weltweit in der Bevölkerung und Presse das Bewusstsein für die Dringlichkeit des Klimaproblems weckte und eine an den wissenschaftlichen Erkenntnissen orientierte Klimapolitik fordert. Bald wurde diese Bewegung aber überschattete von anderen Krisen, namentlich der Corona-Epidemie, vom Angriff Russlands auf die Ukraine und von der aktuellen globalen Erschütterung einer internationalen Politik, die sich weder an Recht noch an Regeln hält.

Dazu kommt, dass eine am Klimaschutz orientierte Politik enorme Investitionen erfordert, die nicht zur Steigerung eines vornehmlich am Konsum orientierten Wohlstands führt. Dem entsprechend werden die bedrohlichen Prognosen relativiert, der Klimawandel in Teilen gar geleugnet und werden Initiativen und Politikerinnen und Politiker, die sich für mehr Umweltschutz einsetzen, diskreditiert. Die ablehnende oder zumindest zögerliche Haltung für Maßnahmen zum Ausbau regenerativer Energien und die Behauptung, dass Empfehlungen für ein verändertes Investitions- und Konsumverhalten unstatthafte Angriffe auf die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger seien, wurden und werden von entscheidenden Politikern seit Jahren gepflegt. Wenn diese Botschaft dann noch erfolgreich in wichtigen Medien propagiert wird, lassen sich damit auch leichter Wahlen gewinnen.

Demgegenüber braucht eine auf Klima- und Umweltschutz ausgerichtete Politik einen langen Atem. Positive „Ergebnisse erfordern viel Zeit und setzen unmittelbare Kosten voraus mit Wirkungen, die nicht innerhalb einer laufenden Regierungsperiode nachgewiesen werden können. Darum wird es ohne den Druck der Bevölkerung und der Institutionen immer Widerstand geben einzugreifen … . Dass ein Politiker diese Verantwortungen

mit den dazugehörigen Kosten übernimmt, entspricht nicht der auf Effizienz und Unmittelbarkeit ausgerichteten Logik der aktuellen Wirtschaft und Politik**“** (Laudato si´ 181).) Es braucht eine mutige, langfristig ausgerichtete und bisher Selbstverständliches in Frage stellende Strategie.

Hier sind Bürgerbewegungen gefordert, eine langfristige, ethisch verantwortliche Politik zu stärken. Kirchen können dabei als glaubwürdige Anwälte von Menschenrechten und Umweltschutz ohne eigene wirtschaftliche Interessen eine wichtige Rolle spielen. Sie sind nicht in das Alltagsgeschäft der Politik mit ihren Verflechtungen und ihrer Orientierung an Wahlterminen eingebunden und keiner Partei verpflichtet und werden auch keine parteipolitischen Empfehlungen abgeben. Eine Ausnahme sind Parteien wie die AfD, die mit ihrem Programm und ihren Aktionen explizit gegen Menschenrechte und die Verfassung verstoßen und vor denen sowohl katholische als auch evangelische Bischöfe und kirchliche Aktionsgruppen schon lange und nachdrücklich warnen.

So können Kirchen als Anwälte von Schutz der Schöpfung und Menschenrechte den gesellschaftlichen Dialog fördern. Dafür und für die Übersetzung von Empfehlungen in politische Maßnahmen sind sie aber auf Kirchenmitglieder angewiesen, die sich zusammentun, den gesellschaftlichen Dialog tragen, Entscheidungsträger beeinflussen und Druck machen für eine Politik, die die Umwelt schont und ein ökologisches Gleichgewicht anstrebt. Die zahlreichen fachlich fundierten und in wichtigen Teilen von Expertinnen und Experten verfassten Publikationen der Kirchen zu diesen Themen sind dabei von großem Wert, verdienen mehr Beachtung und können auch dazu beitragen, die gesellschaftliche Bedeutung der Kirchen zu stärken.

Hans Rudolf Leu, September 2026
Gesprächskreis Kirche und Politik

Empfehlenswerte Literatur

- Die deutschen Bischöfe. Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen (2019): Zehn Thesen zum Klimaschutz, 2019
- Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls (2023): Apostolisches Schreiben LAUDATE DEUM von Papst Franziskus an alle Menschen guten Willens über die Klimakrise
- Evangelisch Lutherische Kirche Bayern: Schöpfung bewahren – Klimaschutz praktizieren . Das Integrierte Klimaschutzkonzept der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayer
- Evangelische Kirche in Deutschland (2009): Umkehr zum Leben. Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels, Denkschrift des Rates der EKD,

Diese Publikationen sind alle im Internet zu finden und kostenlos herunterzuladen.

Außerdem, nicht aus dem Raum der Kirchen:

Beckert, Jens (2024): Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht. Suhrkamp Verlag